

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 57

24. März 1987

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB erläutert den Verzicht Brandts auf den Parteivorsitz und die Personalentscheidungen des SPD-Vorstands: Kontinuität und Erneuerung.

Seite 1

Robert Leidinger MdB verlangt von Verteidigungsminister Wörner die Wahrnehmung seiner umweltpolitischen Verantwortung: Entpuppt sich der Verteidigungsminister als Umweltsünder?

Seite 4

Armin Claus kommentiert Kohls Regierungserklärung: Liste der Vertagung.

Seite 5

Dokumentation

Der Unions-Europaabgeordnete Ingo Friedrich hat die Europapolitik der Bonner Regierungskoalition einer vernichtenden Kritik unterzogen. Seine Erklärung im Wortlaut.

Seite 7

Kontinuität und Erneuerung

Willy Brandt hat sich historische Verdienste erworben

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Willy Brandt hat den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestern in Kenntnis gesetzt, daß er das Amt des Vorsitzenden nicht mehr bis zum Ende seiner Wahlperiode ausüben wolle. Auf seinen Vorschlag hin hat der Vorstand daraufhin beschlossen, für Mitte Juni 1987 einen Außerordentlichen Parteitag nach Bonn einzuberufen. Ebenfalls auf seinen Vorschlag hin hat der Vorstand mich für das Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nominiert.

Aus diesem Anlaß erkläre ich:

1. Mit dem Entschluß Willy Brandts nähert sich die Amtszeit eines Mannes ihrem Ende, der die Entwicklung unseres Gemeinwesens und die Entwicklung seiner Partei in den letzten 25 Jahren in unvergleichlicher Weise geprägt und sich dabei historische Verdienste erworben hat. Die Aussöhnung unseres Volkes auch mit unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn und die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einer an Grundwerten orientierten Volkspartei der linken Mitte ist schon jetzt unlösbar mit seinem Namen verbunden. Die aus der ganzen Bundesrepublik und aus aller Welt eingehenden Bekundungen der Sympathie und der Dankbarkeit unterstreichen das weltweite Ansehen und die Größe eines Mannes, dessen Verantwortungsbewußtsein sich auch in den bedrückenden Stunden der letzten Tage bewährt hat.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit dem besten Papier
aus dem Rheinland



In der Diskussion, die dem Entschluß Willy Brandts vorausging, hat es undisziplinierte, teilweise sogar beschämende Äußerungen gegeben, die das Gefühl für Würde und Solidarität in schwer erträglicher Weise vermissen ließen und geeignet waren, Willy Brandt persönlich zu verletzen. Ich verurteile das. Gerade eine Partei mit der geschichtlichen Tradition der deutschen Sozialdemokratie kann auf Selbstdisziplin derer, die in ihrer Verantwortung tragen, und auf ein Gefühl für Würde im Umgang miteinander nicht verzichten. Der Vorstand war sich mit mir darüber einig, daß beide Eigenschaften für unser gemeinsames Handeln in der Zukunft an Bedeutung noch gewonnen haben.

2. Willy Brandt wird das Amt des Vorsitzenden der Partei bis zur Wahl seines Nachfolgers ausüben. Der Vorstand hat ihn außerdem gebeten, die von ihm eingeleitete und maßgeblich beeinflusste Erneuerung des Grundsatzprogrammes zu Ende zu führen.
3. Mit seiner gestrigen Entscheidung hat der Vorstand seine Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Meine Nominierung, die Nominierung Oskar Lafontaines für das im Falle meiner Wahl freiwerdende Amt eines Stellvertretenden Vorsitzenden, der Vorschlag, Hans-Ulrich Klose, der dieses Amt bisher kommissarisch ausübt, auf dem Parteitag endgültig zum Schatzmeister zu wählen und die Berufung von Anke Fuchs zur Nachfolgerin von Peter Glotz im Amte des Bundesgeschäftsführers bekräftigen, daß die Partei auch personell an einem Kurs festhält, der Kontinuität und Erneuerung miteinander verbindet. Diese Kontinuität wird insbesondere auch von Johannes Rau gewährleistet, dessen Bereitschaft und Entschlossenheit, seine Führungsaufgabe in der Spitze unserer Partei unverändert wahrzunehmen, in diesen Tagen einmal mehr deutlich sichtbar geworden ist.

Peter Glotz, der sein Amt ebenfalls bis zum Außerordentlichen Parteitag fortführen wird, hat der Vorstand gestern für eine Vielzahl von Initiativen und kreativen Anregungen sowie für die unermüdlige Pflichterfüllung in einem Amt gedankt, das zu den härtesten und undankbarsten gehört, die die Partei zu vergeben hat.

4. Die Partei hat sich auf ihrem Nürnberger Parteitag mit ganz breiten Mehrheiten über Ziele und Inhalte ihrer Politik verständigt und dabei auf Grund eines intensiven Lernprozesses in wichtigen Fragen neue Positionen bezogen - so etwa in der Frage des Übergangs zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft. Sie hat außerdem mit dem Entwurf ihres neuen Grund-



satzprogrammes ihre konzeptionelle Kraft und ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, Perspektiven zu entwickeln, die bis in das nächste Jahrtausend reichen. In beiden Fällen gibt es kein zurück. Ich appelliere gerade heute an alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sich an der Umsetzung der Nürnberger Beschlüsse und an der Erarbeitung der endgültigen Fassung des Grundsatzprogramms zu beteiligen. Dabei muß es auch darum gehen, möglichst viele Mitbürgerinnen und Mitbürger an diesem Diskussionsprozeß zu beteiligen und so die Offenheit der Partei gegenüber der Gesellschaft und vor allem auch gegenüber den kritischen Kräften in der Gesellschaft herzustellen.

5. In der aktuellen Politik muß die Partei ihre Kräfte nun wieder auf die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern, vor allem aber mit der Kohl-Koalition konzentrieren. Die Koalition hat bei der Aussprache über die Regierungserklärung in der letzten Woche deutliche Schwächen erkennen lassen und gezeigt, daß sie zur Bewältigung drängender Aufgaben - so etwa der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Überwindung der Stahl-, Kohle- und Werftenkrise oder der Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe - außerstande ist. Im Bereich der Steuerpolitik und des Umgang mit den dramatischen Strukturveränderungen in den Stahlstandorten, aber auch im Umgang mit der Situation der Kohle verstärken sich überdies Elemente einer empörenden Ungerechtigkeit und offener Arbeitnehmerfeindlichkeit, für die die jüngsten Äußerungen des Herrn Bundeswirtschaftsministers Bangemann den krassen Beleg geliefert haben. Diese Äußerungen zeigten die Ellenbogenmentalität und die wahren Absichten der manchester-liberalen Kräfte in der Koalition.
6. Mit den Entscheidungen des gestrigen Tages hat die SPD die politische Initiative zurückgewonnen. Wir werden nun in der Endphase des hessischen Landtagswahlkampfes mit aller Kraft dafür kämpfen, daß dieses Land weiterhin unter sozialdemokratischer Führung bleibt. Dieses Ziel ist erreichbar!

Ebenso werden wir in Rheinland-Pfalz, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein alle Kraft einsetzen. Eine geschlossene SPD, die sich auf die Wurzeln ihrer Kraft besinnt und sich ohne Überheblichkeit, aber mit Selbstbewußtsein den Wählerinnen und Wählern stellt, kann im Laufe dieses Jahres die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verändern. Damit könnte künftigen Anschlägen der konservativen Koalition auf die soziale Gerechtigkeit und ihrer Politik der Ausgrenzung immer neuer Schichten und Gruppen unseres Volkes mit noch größerer Wirksamkeit begegnet werden. Das ist ein realistischer Schritt auf dem Wege zur Ablösung einer konzeptionslosen, leistungsschwachen und personell ausgezehrten Regierungskoalition. Denn unser Ziel bleibt die Wiedererringung der Regierungsverantwortung.

(-/24.3.1987/st/ks)

* * *



Entpuppt sich Verteidigungsminister als Umweltsünder?

Wörner darf sich nicht aus der politischen Verantwortung stellen

Von Robert Leidinger MdB

Seit rund einem Monat lagern 5.000 t verstrahlten Molkepulvers auf Bundeswehrgelände in den Standorten Meppen und Feldkirchen bei Straubing. Mit dieser politischen Fehlentscheidung hat Bundesverteidigungsminister Dr. Wörner bewußt in Kauf genommen, daß die Bundeswehr umwelpolitisch wieder einmal in negative Schlagzeilen geraten ist. Damit hat der Verteidigungsminister der Bundeswehr nicht nur einen schlechten Dienst erwiesen, er hat auch zugelassen, daß die Anlagen der Streitkräfte als radioaktive Müllkippen der Nation mißbraucht werden. Für wie lange, steht noch in den Sternen!

Nun gerät die Bundeswehr erneut und wesentlich umfassender in ein umwelpolitisches Kreuzfeuer. Wenn die Vorabveröffentlichung der Zeitschrift „Natur“ zutrifft, entpuppt sich der Verteidigungsminister als einer der größten Umweltsünder der Republik. Die erhobenen Vorwürfe der Umweltzeitschrift weisen schwerwiegende Mängel im Umweltbereich und Verstöße gegen geltende Vorschriften aus. Veraltete Klär- und defekte Abwasservorbehandlungsanlagen, Treibstoff- und Öllager in Wasserschutzgebieten und völlig ungenügende Heizanlagen als ständige Schmutzschleudern würden die Umwelt als „tickende Zeitbomben“ massiv gefährden, meldet die Zeitschrift. Am schlimmsten ist jedoch der Vorwurf, daß dieser Tatbestand offensichtlich den Bereich der gesamten Bundeswehr umfaßt.

Schnelle Aufklärung und eine umfassende Stellungnahme des verantwortlichen Verteidigungsministers zu den Vorwürfen ist dringend erforderlich. Vor allem auch deshalb, weil dazu seit 1985 eine fertiggestellte Expertise mit offensichtlich gravierenden und negativen Feststellungen im Hause Dr. Wörners unter Verschuß gehalten wird. Insbesondere erwarten wir Sozialdemokraten vom Bundesverteidigungsminister eine Stellungnahme dazu, ob die Vorwürfe der Zeitschrift „Natur“ in ihrem Inhalt zutreffend sind. Dabei muß die seit 1985 unter Verschuß gehaltene gutachterliche Stellungnahme endlich auf den Tisch. Vor allem verlangen wir Sozialdemokraten von Dr. Wörner Aufklärung darüber, welche Schritte er eingeleitet und welche Maßnahmen er getroffen hat, um die festgestellten Mängel und Verstöße im Bereich der Bundeswehr abzustellen.

Das Sündenregister des Verteidigungsministers scheint lang und umfangreich zu sein. Aufklärung tut not! Wir werden dafür sorgen, daß der Minister sich nicht aus seiner politischen Verantwortung davonstiehlt.

(-/24.3.1987/st/ks)

* * *



Liste der Vertagung

Mehrheit muß Steuersenkung für Spitzenverdiener zahlen

Von Armin Clauss
Hessischer Sozialminister

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers hat offenbart, was schon nach Bekanntwerden der Koalitionsvereinbarungen zu befürchten war. Alle konfliktträchtigen langfristigen Aufgaben werden vertagt - so zum Beispiel die fällige Strukturreform der Alterssicherung und der Gesundheitsversicherung. Entsprechende Absichtserklärungen sind an Unverbindlichkeit und Vieldeutigkeit nicht zu übertreffen. Dagegen wird es ganz konkret, wenn es gegen die Interessenvertretung der Arbeitnehmer geht. Erklärt hat der Kanzler, daß ein Vorhaben aus der letzten Legislaturperiode, nämlich die einheitliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer in Betrieben und Verwaltung zu spalten, wieder aufgenommen werden soll. Splittergruppen sollen in die Betriebsräte gedrückt und bei der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern berücksichtigt werden, Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten sollen gesetzlich verankert und mit besonderen Rechten ausgestattet werden.

„Teile und herrsche“ lautet das Motto. Nach der Beschneidung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften in der letzten Legislaturperiode geht es nun konsequent um die Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Auch das Versprechen, die Montanmitbestimmung zu sichern, ist nichts weiter als ein Lippenbekenntnis.

Gegen die unfreiwillige Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen Bürgern, deren Zahl nach dem Kursverfall des Dollars und den wieder anziehenden Ölpreisen erschreckend zunimmt, wird nichts unternommen. Die Steuerreform wird der angeschlagenen Konjunktur keine neuen Impulse geben können. Dazu kommt die Steuerentlastung, die überwiegend erst im Jahr 1990 wirksam wird, zu spät. Sie wird beschäftigungs- und konjunkturpolitisch auch deshalb wirkungslos bleiben, weil durch bloße Umverteilung von unten nach oben kein Nachfrageschub entstehen kann. Außerdem sind alle Rechnungen über die Entlastung der Steuerzahler unseriös, solange nicht erklärt wird, wer die bisher ungedeckte Finanzierung in Höhe von jährlich 44 Milliarden Mark zu tragen hat. Erhöhung der indirekten Steuern und eine deutliche Ausweitung der Neuverschuldung des Bundes sind unabweisbar. Für die Bundesregierung bedeutet dies ein Abschied von der einst zur Schicksalsfrage der Nation hochgespielten Konsolidierungspolitik. In der Tat sind heute die Auswirkungen der Neuverschuldung auf die Verfassung der Finanzmärkte, auf die Währungs- und Preisstabilität und damit letztlich auch auf die Beschäftigung nur schwer einzuschätzen. Die Bundesregierung handelte bisher jedenfalls nach der einfachen Gleichung: weniger Staatsverschuldung - mehr Beschäftigte. Nach diesem wirtschaftspolitischen Glaubensbekenntnis wurde in den letzten vier Jahren ein in der Geschichte der Bundesrepublik bisher beispielloses Programm des Sozialabbaus durchgepeitscht.

Es ist schon makaber, daß angesichts der wieder steigenden Massenarbeitslosigkeit die Bundesregierung den Spitzensteuersatz senkt und damit öffentliche Mittel vergeudet, die an anderer Stelle notwendig gebraucht würden. Die Finanzkraft der Kommunen müßte gestärkt werden, damit die aus Finanznot seit Jahren unterbliebenen Aufgaben der Daseinsvorsorge nachgeholt werden können. Die Länder benötigen Mittel zum Schutz und zur Wiederherstellung der Umwelt. Beides würde mehr Arbeitsplätze schaffen, als die in Aussicht gestellten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, deren Finanzierung ohnehin fragwürdig ist, da die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit bis zum Jahre 1991 völlig ausgeschöpft sind.

Auch die großen Zukunftsaufgaben in der Sozialpolitik kosten viel Geld. Wir brauchen Geld für einen erhöhten Bundeszuschuß zur Rentenversicherung, für ein Babyjahr, wir brauchen Geld für

eine bessere soziale Sicherung der Frau. Von der Regierung hören wir nur, daß es einen höheren Bundeszuschuß geben soll. Aber wie hoch er sein wird und wann er kommen wird und wie er strukturiert ist, bleibt nebulös. Konfliktfelder wie die Harmonisierung der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme werden ausgeklammert.

Der Appell des Bundeskanzlers an die Sozialpartner, die Opposition und die Verbände, an der „Jahrhundertaufgabe“ der Rentenreform mitzuwirken, bleibt reine Rethorik, solange die Regierung nicht einmal die Grundzüge ihrer Reformvorstellungen preisgibt.

Auch im Gesundheitswesen fehlt es der Bundesregierung an Perspektiven und an dem notwendigen Willen, grundlegende Reformen einzuleiten. Der gewaltigen Kostenexplosion steht die Bundesregierung hilflos gegenüber, obwohl die Zeit drängt und Reformen schon in der letzten Legislaturperiode überfällig waren.

Ausgabenrekorde und Milliardendefizite bei den Krankenkassen und Rekordbeitragsätze für die Versicherten veranlassen die Regierung nicht zum Handeln. Die Ankündigung eines Gesetzentwurfes ist alles, „erhöhte Wirtschaftlichkeit bei vertretbaren Beitragssätzen“ als Zielsetzung für dieses Gesetz ein Allgemeinplatz, konkretes Handeln wird, weil schwierig, vertagt.

Der kryptische Hinweis, daß dem gegenwärtigen Gesundheitssystem Anreize zum wirtschaftlichen und verantwortungsbewußten Verhalten fehlen, läßt den Schluß zu, daß wieder einmal die Versicherten zur Kasse gebeten werden sollen. Die Anbieter von Gesundheitsleistungen, werden nicht einmal erwähnt. Dabei steigen die Kosten ungebremst. Der Zuwachs der Arzneimittelausgaben liegt nach wie vor über dem Anstieg der Grundlohnsumme, das Honorarvolumen pro Arzt steigt weiter, obwohl die Patienten immer weniger zum Arzt gehen.

Eine Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten im Krankheitsfall wird an der Kostenspirale nichts ändern. Bereits die bisherige Selbstbeteiligung, die die Patienten jährlich mit über sechs Milliarden Mark belastet, hat keine positiven Steuerungseffekte gezeigt. Eine notwendige Neuorientierung der verschiedenen Leistungsbereiche des Gesundheitswesens ist von dieser Bundesregierung nicht zu erwarten.

Wo es darum geht, Steuergeschenke an Spitzenverdiener zu verteilen, wird der Kanzler konkret. Wenn es aber gilt, im Interesse der Durchschnittsverdiener und der sozial Benachteiligten gegen mächtige Interessen anzugehen, bleibt diese Regierung merkwürdig nebulös und verschwommen.

Dies läßt nichts Gutes für die nächsten vier Jahre erwarten. Für den Normalverdiener wird die Steuerentlastung unter dem Strich nichts bringen. Die schmale Ersparnis bei der Lohnsteuer wird schnell aufgezehrt durch zügig wachsende Beiträge für die Renten und Krankenversicherung und die Erhöhung indirekter Steuern oder den Abbau von Steuerfreibeträgen. Die Mehrheit der Bürger müssen die Steuersenkung für die Spitzenverdiener bezahlen. Einen „Fausthieb ins Gesicht der Malocher“ nannte Blüm die Senkung des Spitzensteuersatzes. Dies hätte der Bundesarbeitsminister kaum treffender formulieren können.

(-/24.3.1987/st/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Alarmsignal an die Bundesregierung

Als „Alarmsignal, das die Bundesregierung endlich zur Besinnung bringen sollte“ hat der Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten, Gerd Walter, die Ausführungen des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU im Europäischen Parlament, Ingo Friedrich, zur EG-Politik der Bundesregierung bezeichnet. Zu der am selben Tage von Friedrich vorgenommenen Abrechnung mit dem „gefährlichen Kurs der deutschen EG-Strategie“ (Friedrich) erklärte Walter am Dienstag in Bonn, dadurch seien „die seit Monaten von den Europapolitikern der SPD vorgebrachten Warnungen in eindrucksvoller Weise bestätigt worden“. Wir dokumentieren Friedrichs Ausführungen im Wortlaut:

Durchsetzung deutscher Interessen in EG-Europa: - „Die Strategie ist falsch!“

Personelle, methodische und inhaltliche Fehler führen dazu, daß deutsche Interessen in der Europäischen Gemeinschaft immer weniger durchgesetzt werden können. Es bedarf eines grundlegenden Umdenkens, wenn deutsche Vorstellungen von der Gestaltung des eigenen Staates und Europas nicht an den Rand der EG gedrängt werden sollen.

Der fatale Ist-Zustand

Das Strickmuster wiederholt sich in nahezu zwanghafter Regelmäßigkeit: Die deutschen Autoritäten - Regierung, Bundestag, aber auch Interessenverbände - wollen ein spezifisches Anliegen auf der EG-Ebene durchsetzen beziehungsweise eine gefürchtete Aktivität der EG verhindern. Dazu alarmieren sie die deutsche Öffentlichkeit, den Deutschen Bundestag und die entsprechenden nationalen Verbände. Konsequenterweise hebt in der deutschen Öffentlichkeit große Empörung an. Jeder erwartet von der EG eine klare „der Volksmeinung entgegenkommende“ Entscheidung. Prompt entscheidet die EG auch, aber ganz anders als erwartet. Das Entsetzen in Deutschland ist dann groß, die Entrüstung über die Bürokraten von Brüssel, die nichts verstehen, gewaltig: „Das lassen wir uns nicht bieten, und so weiter....“

Die neuesten Beispiele:

- Verhinderung der Einbeziehung der GmbH & Co. KG in die verschärften Bilanzvorschriften
- Agrarpreisvorschläge der EG-Kommission
- Tempolimit 100 beziehungsweise 120 auf allen europäischen Straßen.

Die Liste ließe sich fortsetzen.

Gefährliche Anti-Europa-Reaktion

Die verständliche Reaktion des normalen deutschen Publikums kann nur lauten: Wenn sich deutsche Interessen in der EG nicht durchsetzen lassen und wir sowieso „den ganzen Laden bezahlen“, dann müssen wir eben ohne EG unseren Weg gehen: Raus aus der EG. Genau diese Alternative steht aber nicht zur Verfügung, ja sie muß aus ureigenem deutschen Interesse ausgeschlossen werden:

- o Die Landwirtschaft hängt am Tropf der EG; wenn die EG nur für wenige Monate ihre Abnahmegarantie für landwirtschaftliche Produkte aussetzen würde, wäre in diesem Bereich die Katastrophe perfekt.



- o Alle exportierenden Wirtschaftszweige verlangen den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, also gleiche Steuern, Abgaben, Umwelt- und Sozialvorschriften für ihre Konkurrenten im Ausland. Wie kann man aber faire, das heißt vergleichbare Wettbewerbsverhältnisse schaffen, ohne über die EG auf unsere Nachbarn Einfluß zu nehmen. Ohne EG könnte jeder Staat seine Industrie fördern, wo und wie er will und seine Grenzen für deutsche Waren öffnen und schließen, wann er will.

Die Methode ist falsch

Wenn die Bundesrepublik also nicht austreten kann, gleichzeitig jedoch ständig mit ihren Anliegen „auf den Bauch fällt“, muß an den angewandten Methoden etwas falsch sein. Die Folgen davon werden noch gravierender, wenn mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes, dem Wegfalls des Vetos im Ministerrat und mit der Einheitlichen Europäischen Akte erheblich mehr Fragen „europäisch“ entschieden werden.

Welche Veränderungen sind vorzunehmen?

Personell: Solange deutsche Positionen in Brüssel als bequemer Abschiebebahnhof für in Bonn mißliebige Politiker verstanden werden, ist das psychologische Entree für die Betroffenen in EG-Kreisen entsprechend schlecht. Dies hat auch Folgen für ihre Wirkungsmöglichkeiten in Brüssel und Straßburg.

Methodisch: Es ist völlig unzureichend zur Durchsetzung deutscher Interessen, nur die deutsche Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Selbst eine hundertprozentige Überzeugung der deutschen Repräsentanten bewegt bestenfalls 30 Prozent des europäischen Entscheidungsvolumens, nicht aber die entscheidenden 51 Prozent. Man braucht Verbündete über die nationalen Grenzen hinweg, die überzeugt werden müssen.

Demzufolge müssen neu berücksichtigt und entsprechend eingesetzt werden

- die europäischen Parteigruppierungen
- die vorhandenen und durchaus effizient arbeitenden europäischen Verbände
- die übernational zusammengesetzten Fraktionen im Europäischen Parlament (nicht nur die deutschen MdEPs)
- die europäische Presse und die europäischen Nachrichtenagenturen.

Dieses Element der neuen Strategie läuft darauf hinaus, einen europäischen Willensbildungsprozeß statt eines nur nationalen in Bewegung zu setzen.

Inhaltlich: die häufig anzutreffende Meinung in der deutschen EG-Diskussion verfährt nach einem schizophren anmutenden Motto:

- einerseits meint man, „Die EG soll sich gefälligst raushalten“ - dort, wo man gern allein bestimmen will, zum Beispiel bei Bierreinheit, hohen Agrarpreisen, Tempofreiheit,
- andererseits erwartet man von der selben EG, sie solle „hart“ durchgreifen, etwa bei Stahlsubventionen, bei gleichen Wettbewerbsbedingungen, beim Umweltschutz.

Diese emotional bestimmte Haltung muß abgelöst werden, durch die Definition und Akzeptierung klarer - vom Subsidiaritätsprinzip bestimmter - Spielregeln, die bereits in den Römischen Verträgen weithin formuliert sind wie zum Beispiel: Europäischer Binnenmarkt, offenere Grenzen für Waren und Dienstleistungen sowie Gemeinschaftspräferenz für europäische Agrarprodukte.

Fazit: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich auf die Realität der EG einzustellen und sie sachgemäß als Erweiterung der eigenen Chancen und Werbemöglichkeiten zu nutzen. Die negative Variante ist die Isolierung, die eine Vertretung deutscher Interessen verhindert.

(-/24.3.1987/st/ks)

* * *